

28.11.2014

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

mit dem Bundeshaushalt 2015 schreiben wir in dieser Woche Geschichte: Zum ersten Mal seit über 40 Jahren wird der Bund ohne neue Schulden auskommen. In der nüchternen Sprache des Haushaltsrechts liest sich der entscheidende Satz so: „Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.“ Und noch ein zentrales Versprechen der Union lösen wir mit diesem Haushalt ein: Wir sorgen dafür, dass die Ausgaben des Bundes ohne Steuererhöhungen finanziert werden.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass uns dies gelungen ist. Denn wir hatten auf der Grundlage eingetrübter Wirtschafts- und Konjunkturaussichten zusätzliche Ausgaben etwa beim Arbeitslosengeld II, den Kosten der Unterkunft und dem Elterngeld zu finanzieren. Neue Ausgaben fangen wir durch Umschichtungen sowie über gesunkene Ausgaben beim Betreuungs- und Wohngeld und vor allem durch niedrigere Zinsausgaben auf. Zudem haben wir die von der Bundesregierung geplanten Gesamtausgaben noch einmal um 400 Millionen Euro gekürzt und setzen so ein weiteres starkes Signal für die Verlässlichkeit der Koalition.

Mit Abschluss des parlamentarischen Verfahrens darf der Bund im kommenden Jahr maximal 299,1 Milliarden Euro ausgeben. Das liegt noch immer unter dem Niveau von 2010. Doch wir sparen nicht nur, sondern investieren auch. So haben wir die Bereiche innere Sicherheit, humanitäre Hilfe, Verkehr, Kultur und Hochwasserschutz deutlich gestärkt. Und wir bringen ein Investitionspaket in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro ab 2016 auf den Weg.

All das sind wirklich gute Gründe für Freude, Stolz und Dank an alle, die mit ihrer Disziplin und konzentrierten Arbeit daran mitgewirkt haben, diesen Erfolg zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Koalitionsvertrag umsetzen Zukunft vernünftig gestalten

Die Koalition arbeitet weiter intensiv an der Umsetzung des Koalitionsvertrages. So werden wir, wie versprochen, die Tarifpluralität in geordnete Bahnen lenken. Der Gesetzentwurf von Bundesministerin Nahles zur Tarifeinheit befindet sich in der Ressortabstimmung.

Gleiches gilt für die Frauenquote. Für uns gilt: Was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, das setzen wir um. Darüber hinaus werden wir aber nicht gehen. Darauf kann sich auch die Wirtschaft verlassen. In diesem Zusammenhang drängen wir darauf, dass der für Wirtschaft zuständige Bundesminister bürokratische Erleichterungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen mit einbringt.

In Thüringen dagegen schicken sich die Wahlverlierer SPD und Grüne an, in einer Koalition mit der Linken die Erfolge aus 25 Jahren und damit die Zukunftschancen aufs Spiel zu setzen. Ein Blick in den Koalitionsvertrag reicht, um zu sehen, was die Menschen von Rot-Rot-Grün zu erwarten haben. Schon die Präambel des Koalitionsvertrages streut den Menschen Sand in die Augen: Versprochen wird „eine neue Kultur des Zuhörens und Mitmachens“, aber die berechtigten Sorgen tausender Menschen und die nachvollziehbaren Bedenken dagegen, dass die Linke erstmals seit 1990 einen Regierungschef stellen soll, werden überhört.

Inhaltlich setzen Linke, SPD und Grüne auf alte Ladenhüter wie ihr Bekenntnis zu Steuererhöhungen und zur Wiederbelebung der Vermögensteuer. Sie verlangen Geld vom Bund und halten es für eine Landesaufgabe, einen neuen Wohlfahrtsindex zu entwickeln. Die Ministerien sollen durch Beiräte aufgebläht werden. Verantwortungsvolle Politik für die Zukunft sieht anders aus.

Plenarrede Haushaltsdebatte Wirtschaftsetat

Man könnte fast sagen es war „Same procedure as every year“. In diesem Jahr stimmt es nicht so ganz, denn die letzten Haushaltsberatungen liegen noch gar nicht so lange zurück. Erst Ende Juni haben wir den Etat für 2014 beschlossen. Dieses Jahr mussten wir zwei Haushalte bearbeiten, da aufgrund der Bundestagswahl im Herbst eine Beratung zur sonst üblichen Zeit (September-November) nicht möglich war.

In dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2015 beraten und verabschiedet. Als für den Etat von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zuständiger Haushaltspolitiker habe ich am Donnerstag morgen im Plenum des Deutschen Bundestages gesprochen.

In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass wir uns die wirtschaftliche Lage in unserem Land nicht von der Opposition schlecht reden lassen dürfen. Deutschland steht im Moment gut da und das lassen wir uns auch nicht vermiesen. Ludwig Erhard hat einmal gesagt, dass „Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist“. Man kann eine Rezession auch herbeireden. Aber die Fakten sehen im Moment sehr gut aus. Die Arbeitslosenzahlen sind im Vergleich zu 2005 als Angela Merkel das erste Mal zur Kanzlerin gewählt wurde, nahezu halbiert und die Erwerbstätigenzahlen sind seitdem enorm

gestiegen.

Die Menschen profitieren mit anständigen Lohnzuwächsen am wirtschaftlichen Aufschwung. Gute Lohnabschlüsse und eine niedrige Inflationsrate ermöglichen Reallohnzuwächse die wir lange nicht hatten – die Menschen haben heute wieder mehr Geld im Portemonnaie, und das zeichnet gerade die soziale Marktwirtschaft aus und zeigt mir, das diese bei uns auch heute noch funktioniert.

Nach den parlamentarischen Beratungen hat der Etat des Wirtschaftsministeriums ein Gesamtvolumen von 7,3 Milliarden Euro. In den Haushaltsberatungen haben wir Kürzungen, die Minister Gabriel unter anderem im Bereich der Mittelstandsförderung vorgenommen hatte, teilweise wieder rückgängig gemacht und acht Millionen Euro mehr für die Mittelstandsförderung vorgesehen als im Regierungsentwurf. Der Mittelstand ist und bleibt das Rückgrat unserer Wirtschaft.



Mehr Geld für THW

In den parlamentarischen Beratungen haben wir ein Sonderprogramm Liegenschaften für das THW beschlossen und somit erhält das THW für 2015 vier Millionen Euro zusätzlich sowie für die künftigen Jahre weitere 23 Millionen Euro. Das THW leistet in hervorragender Weise technisch-logistische Hilfe im In- und Ausland. Diese Leistung wird erbracht von rund 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Um dieses außergewöhnliche Engagement aufrechtzuerhal-

ten, ist neben einer guten Ausrüstung auch eine adäquate Unterbringung der Ortsverbände erforderlich. Deshalb setze ich mich immer gerne für eine Mittelerhöhung ein, da wir so den Helferinnen und Helfern Danke sagen können. Ich hoffe, dass auch die THW Ortsverbände in den Landkreisen Verden und Osterholz von diesen Bundesgeldern profitieren.

20 Mio. Euro für Hochwasserschutz

20 Millionen Euro haben wir für den präventiven Hochwasserschutz für 2015 bewilligt.

Es ist in diesen Tagen nicht einfach, zusätzliches Geld bereitzustellen und erst recht nicht in zweifacher Millionenhöhe. Ich freue mich aber, dass sich der Einsatz gelohnt hat und uns das gelungen ist. Gerade weil Hochwasserschutz bei uns in der Region durchaus ein Thema ist. Mit der Schaffung eines Sonderrahmenplans für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes schafft die Koalition in Berlin einen Einstieg in den vorbeugenden Hochwasserschutz.

Eingesetzt werden können die Gelder für folgende Maßnahmen: Retentionsflächen, technischer Hochwasserschutz, Rückhaltebecken, Polder, Flächenankauf, Vertragsnaturschutzmaßnahmen, Deichanpassung und Deichstabilisierung.

Langfristig werden wohl noch mehr Mittel nötig sein. Aber gemessen an den Schäden durch Hochwasser wie im Jahr 2013 sparen wir durch klug investierte Mittel am Ende viel Geld. Deshalb hoffe ich, dass auch ein Teil der Bundesgelder für Hochwasserschutzprojekte in meinen Wahlkreis fließt. Voraussetzung dafür ist, dass das Land Niedersachsen bereits entsprechende Bedarfe angemeldet hat und ebenso finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range